

Kein Lohnverzicht für Stuttgart 21 Nein zur Privatisierung öffentlicher Daseinsfürsorge Solidarität mit den Streikenden

Kommt zu unserer Veranstaltung am
Dienstag 18. März um 19.00 Uhr

Beschäftigte aus städtischen Betrieben werden über ihre Forderungen und ihren Streik informieren:

- Ari Häcker, ver.di-Vertrauensmann am Cannstatter Krankenhaus
- Ein Kollege des Cannstatter Betriebshof der städtischen Müllabfuhr in den Räumen des Freundschafts- und Solidaritätsvereins, Helfergasse 5 (hinter der Stadtkirche)

Wenn es um Stuttgart 21 geht, spielt Geld keine Rolle.

Wenn es um die Löhne der Beschäftigten im öffentlichen Dienst geht, ist angeblich kein Geld da. Die Stadt Stuttgart tut sich derzeit besonders hervor bei der Kürzung zu Lasten der Beschäftigten. So wurden den Arbeitern beim Garten- und Friedhofsamt und bei der AWS die Wegezeiten gestrichen. Dadurch sollen weitere Stellen abgebaut werden. Zusätzlich will die Stadt bei der Müllabfuhr vier Millionen vor allem bei den Personalkosten kürzen. Eine schwarz-grüne Mehrheit hat im Dezember beschlossen, die Kitas und Horte aus dem Jugendamt auszugliedern. Das bedeutet, dass die Kinderbetreuung unter das Primat der Wirtschaftlichkeit gestellt wird – zu Lasten der Beschäftigten, Kinder und Eltern. Im Klinikum herrscht seit langem eklatante Personalnot. Die Beschäftigten sind völlig überlastet.

Und jetzt soll den Beschäftigten bundesweit auch noch die Arbeitszeit auf 40 Stunden erhöht und der Reallohn weiter gesenkt werden. Die Beschäftigten sagen zu recht: jetzt reichs!

In keinem anderen Bereich hat es in den letzten Jahren solch massiven Reallohnabbau wie im öffentlichen Dienst gegeben.

Eine Krankenschwester verdient als Berufsanfängerin ein Grundgehalt von 1.850 Euro, mit allen Zulagen für Nacht- und Wochenenddienst kommt sie auf 2.100 brutto und netto 1.300 Euro. Sie arbeitet bei extremem Personalmangel mit hoher körperlicher und psychischer Belastung.

Ein Müllwerker bekommt für seinen Knochenjob brutto 1.575 Anfangs- und 1.995 Euro Endgehalt.

Eine Erzieherin fängt mit brutto 1.764 Euro an und bringt es maximal auf 2.285 Euro.

Eine Reinigungskraft im Klinikum bekommt sogar nur 1.286 Euro brutto im Monat. Das heißt die Gemeinderäte der Stadt Stuttgart erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit mehr Aufwandsentschädigung als eine Putzfrau bei der Stadt als Monatslohn.

13.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes haben im Jahr 2006 so wenig verdient, dass sie Anspruch nehmen mussten auf Hartz-IV-Aufstockung. Viele Kolleginnen und Kollegen kommen nur mit einem Zweitjob über die Runden. Der Schuldenabbau der öffentlichen Haushalte ist zum Schuldenberg der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes geworden.

Es darf nicht sein, dass Zumwinkel und einige tausend andere Millionäre und Milliardäre 300 Milliarden Euro am Finanzamt vorbei in Steueroasen bunkern und dann angeblich kein Geld für die Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst da ist.

Es darf nicht sein, dass die einen immer länger arbeiten und die anderen keinen Job bekommen. Bei offiziell fast 4 Millionen Arbeitslosen brauchen wir keine Arbeitszeitverlängerung, sondern eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Die 40-Stunden-Woche vernichtet 80.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Die 35-Stunden-Woche würde 200.000 Arbeitsplätze schaffen.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst stehen vor einer harten Auseinandersetzung und brauchen die volle Unterstützung der gesamten Bevölkerung. Wir wollen einen Beitrag leisten, diese Unterstützung zu organisieren.

**Wir feiern den Einzug der LINKEN in das Hamburger Parlament.
Am 24.02.08 ab 18.00 Uhr in der PALETTE, Brunnenstraße 19
(Cannstatt, hinter der Stadtkirche) Feiert mit uns**